

NACHRICHTEN

Ausgabe 88, Juli 2013, zugestellt durch Post.at

Zeitung der **KPÖ** ZELTWEG

Weg mit dem Regress!

Nur noch in der Steiermark gibt es die Zuzahlungspflicht (Regress) für Angehörige für den Aufenthalt im Pflegeheim oder für die Mindestsicherung. Das ist unsozial und ungerecht. Die KPÖ kämpft für die Abschaffung des Regresses.



Überall - wie hier in Zeltweg - sammelt die KPÖ Unterschriften gegen den Regress.

Wir sammeln Unterschriften für eine Petition an den Landtag. Diese Aktion läuft bis in den Herbst. Steiermarkweit haben wir schon über 10.000 Unterschriften. Der Druck wächst.

Auch in den Gemeinderäten, in denen die KPÖ vertreten ist, stellen wir den Antrag die Gemeinden sollen vom Land die Abschaffung des Regresses fordern. In Knittelfeld, Spielberg oder Zeltweg wurden diese Anträge bereits angenommen. Auch die Gewerkschaft fordert die Abschaffung des Regresses. Das alles zeigt, der Druck an der Basis steigt. Nur die Landesspitze von SPÖ und ÖVP sind offensichtlich schon so abgehoben, dass sie keine Ahnung haben wie es den Menschen unten geht.

Wenn sich viele Menschen einbringen, besteht die Chance dass SPÖ und ÖVP im Land gezwungen sind den Regress abzuschaffen.



Auf der Rückseite unserer Zeitung ist eine Unterschriftenliste. Bitte ausfüllen und einschicken!!!!

Dieser Antrag der KPÖ wurde einstimmig beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Zeltweg spricht sich für die Abschaffung der Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und BezieherInnen von Mindestsicherung aus und fordert das Land Steiermark auf diesen Regress abzuschaffen und sich für eine einheitliche Lösung für Österreich einzusetzen.

Begründung:

Bei bestimmten Leistungen, wie der Unterbringung in einem Pflegeheim oder dem Bezug der Mindestsicherung wird je nach Einkommen eine Zuzahlung (Regress) vorgeschrieben. Dabei haften Ehegatten, Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern.

Bereits ab einem Einkommen ab 1.286 Euro monatlich (1.500 Euro wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss ein Kostenrückerersatz geleistet werden. Eine Indexanpassung gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

In unseren Sozialsprechstunden haben wir immer wieder gesehen wie unsozial der Regress ist. Eltern wollen ihre Kinder nicht belasten und verzichten daher oft auf Leistungen. Kinder wollen nicht von ihren Eltern abhängig sein.

Auch der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser meinte wörtlich: „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“

Nach dem Wahlsieg der SPÖ in Kärnten wurde der Regress abgeschafft. Nun gibt es den Regress für Angehörige nur noch in der Steiermark. Das ist unsozial und eine Benachteiligung der Steirerinnen und Steirer, deshalb ersuchen wir den oben genannten Antrag zu beschließen.

BAWAG/PSK erhöht Darlehenszinsen



In den letzten Monaten wurde vielen Gemeinden von verschiedenen Banken mitgeteilt, dass die Zinsen für die aufgenommenen Kredite erhöht werden. Nun hat die BAWAG PSK auch in Zeltweg die Zinsen erhöht.

In einem Schreiben wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass in die bestehenden Verträge eingegriffen wird und die Zinsen um 0,95 % erhöht werden. In Verhandlungen ist es gelungen diesen Aufschlag auf 0,9% zu reduzieren.

Leider sind die Banken berechtigt die Zinsen einseitig zu erhöhen. Die Gemeinde könnte den Vertrag zwar kündigen, aber eine Neuausschreibung der Kredite würde teurer kommen

Banken bekommen ihr Geld zu günstigen Konditionen von der Zentralbank. Die Zinsen auf dem Sparbuch sind ein Trauerspiel. Milliarden an Steuergeld sind in die Bankenrettung geflossen. Nun holt man sich auch noch das Geld von der Gemeinde.

Ein Aufschlag von 0,9 Prozent ist nicht wenig. KPÖ-GR Peter Lorberau meinte die Banken sanieren sich über diese Aufschläge und wollten wissen um wie viel mehr die Gemeinde nun bezahlen muss. Leider gab es darüber keine Information.

Aus dem Gemeinderat

Probleme mit Müllabfuhr
KPÖ-GR Peter Lorberau berichtete, dass es in Farrach vielfach Klagen über die Müllabfuhr gäbe. Die Zeiten werden nicht eingehalten, die Tonnen würden nicht gereinigt und es werde nicht nachgeschaut ob nach der Entleerung noch Müll in der Tonne sei.

Der Bürgermeister antwortete, er hätte auch schon Beschwerden erhalten und werde der Sache nachgehen und die verantwortliche Firma kontaktieren.

City-Taxi

Der Bürgermeister stellte klar, dass die Fahrscheine für das City-Taxi im ganzen Stadtgebiet von Zeltweg gelten. Die Gemeinde bezahlt 3,50 Euro pro Gutschein, die Taxiunternehmen wurden angeschrieben und noch einmal darauf hingewiesen.



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpo.knittelfeld@aon.at

Wohnen ist ein Menschenrecht Nein zum Verkauf von Gemeindewohnungen!



Zuerst wollte die SPÖ Grundstücke, auf denen Gemeindebauten stehen, an die Privat-Gesellschaft WT 80 übertragen. Ein entsprechendes Konzept

wurde dem Gemeinderat bereits vorgestellt. Das Land hatte aber massive Bedenken gegen diese Konstruktion und hat den Gemeinden einen Vertragsabschluss untersagt. Leider ist damit aber keinesfalls Entwarnung angesagt.

Nun überlegt die SPÖ die Ausgliederung oder sogar den Verkauf der Zeltweger Gemeindewohnungen. Und leider kommt diesmal vom Land Schützenhilfe für diese Pläne. Auf Grund des Finanzskandals wurde die Zeltweger Gemeinde geprüft. Eine der vom Land vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ist der Verkauf der Gemeindewohnungen

Allerdings ist das nur ein Vorschlag. Die Gemeinde ist keineswegs gezwungen dem nachzukommen. Leider scheint dieser Vorschlag aber Wasser auf die Mühlen der SPÖ zu sein. Denn schon im Jahr 2011 wurde die Verwaltung der Gemeindewohnungen an die Siedlungsgenossenschaft Ennstal übertragen. Nur die KPÖ hat damals dagegen gestimmt. Im Jahr 2011 haben wir in unserer Zeitung geschrieben: „Außerdem sind solche Ausgliederungen oft das Sprungbrett für einen künftigen Verkauf.“

Nun wurde im Stadtrat (dort sind nur SPÖ und ÖVP vertreten) beschlossen eine Beraterfirma mit einer Analyse der Wohnungen zu beauftragen. Im Laufe des Jahres 2013 soll eine Entscheidung über die Gemeindewohnungen fallen.

Diese Analyse ist, laut Bürgermeister, nicht billig. Leider nannte er keine konkreten Zahlen. „Warum sollen wir unser Familiensilber verkaufen? Verkaufen kann man nur einmal, dann ist es vorbei“ kritisierte KPÖ-GR Peter Lorberau diese Pläne. Der Bürgermeister und auch ÖVP-Viz-BM Helmut Ranzmaier verteidigten die Beiziehung einer Beraterfirma.

Heuer soll die Entscheidung über die Gemeindewohnungen fallen. Die KPÖ ist strikt gegen der Verkauf der Wohnungen (siehe auch den nebenstehenden Kommentar). Für den Verkauf von Gemeindegut braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat. Die hat die SPÖ nicht. Alle Oppositionsparteien waren gegen die Konstruktion mit der WT 80. Hoffentlich ist das in Sachen Verkauf der Gemeindewohnungen auch der Fall.

*Liebe Zeltwegerinnen
und Zeltweger!*

Das Familiensilber verkauft man nicht!

Jeder von uns braucht ein Dach über dem Kopf. Wohnen - und das zu erschwinglichen Preisen - ist ein Menschenrecht. Es ist auch Aufgabe einer Gemeinde für leistbaren Wohnraum zu sorgen. Denn das gehört mit zu einem lebenswerten Umfeld.

In viel schwierigeren Zeiten, z.B. in den 20-iger und 30-iger Jahren im so genannten „Roten Wien“ oder in der Nachkriegszeit war der soziale Wohnbau der Sozialdemokratie noch ein Anliegen. Beispielhafte Wohnbauprojekte sind entstanden.

Heute ist unsere Gesellschaft reich und produktiv wie nie zuvor - und heute wird alles verscherbelt. In Judenburg und Fohnsdorf sind die Gemeindewohnungen unter Federführung der SPÖ verkauft worden.

Schon beim Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie wurde uns eingeredet, das sei gut für die Bevölkerung und diene zur Senkung der Staatsverschuldung. So bedeutende und gewinnbringende Firmen wie die Voest-Alpine, die Austria Tabak oder die ÖMV wurden verscherbelt. Heute fließen die Gewinne in private Taschen - und unsere Staatsverschuldung ist keineswegs gesunken sondern gestiegen.

Denn das Familiensilber kann man nur einmal verkaufen. Das ist ein kurzfristiger Zufluss für das Budget, löst aber keine grundsätzlichen Probleme. Mit einem Verkauf verspielt die öffentliche Hand alle ihre Gestaltungsmöglichkeiten und die laufenden Einkünfte fehlen in den künftigen Budgets.

Die Reichen werden immer reicher - aber die Vermögenssteuern sinken oder werden ganz abgeschafft. Daneben gibt es Milliarden für die Banken- und die Eurorettung. Das ist der Grund für die leeren Kassen.

Ich glaube wir gehen schwierigen Zeiten entgegen. Da ist es wichtig, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat leistbaren Wohnraum anzubieten. Wer die Gemeindewohnungen kauft will daran verdienen. Das ist nicht im Sinne der MieterInnen und des Gemeinwohls. Ein Verkauf von Gemeindegut ist keine Lösung sondern eine Bankrotterklärung

**meint Ihr KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau**

**Kontakt: Telefon: 0664/404 77 21
E-Mail: p.lor@hotmail.com**



BürgermeisterInnenbezüge: Erhöhung um bis zu 54%



SPÖ und ÖVP nutzen die Gemeindefusionen um auch die Bezüge der BürgermeisterInnen tüchtig anzuheben.

So wie es ein „Fusionszuckerl“ von bis zu 200.000 Euro für fusionswillige Gemeinden gibt, so fließt auch der Geldsegen für GemeindepolitikerInnen. Damit will man wohl den Widerstand gegen die Gemeindefusionen abkaufen.

Ab 2014 werden die Bezüge der BürgermeisterInnen deutlich erhöht, je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8%. Zum Beispiel bekommt der Zeltweger Bürgermeister künftig 5.399 statt jetzt 4.320 Euro. Welche andere Berufsgruppe (mit Ausnahme von Managern) kann sich über solche Steigerungen freuen?

Die Bezüge sollen künftig automatisch steigen. Au-

ßerdem erhöht sich das BürgermeisterInnengehalt um weitere 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind auch Gehälter für OrtsteilbürgermeisterInnen. Hier geht es aber nicht nur um BürgermeisterInnen. Abgeleitet von diesem Bezug erhöhen sich automatisch die Einkommen der VizebürgermeisterInnen und des Gemeindevorstandes. Sie alle können sich über deutliche Erhöhungen freuen.

Die KPÖ lehnt das ab. Wir stimmten im Landtag dagegen. Die bisherigen Bezüge sind im Vergleich zu den Löhnen und Pensionen schon jetzt sehr hoch. Wir sind dafür die Bezüge in kleineren Gemeinden maßvoll zu erhöhen, aber wir sind gegen die Erhöhung in Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen und auch gegen die automatische Anpassung.

Wir fordern auch eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) für BürgermeisterInnen von Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen. Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als Nebenjob regiert werden. All diese Vorschläge hat die KPÖ im Landtag als Antrag eingebracht, sie wurden von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

BürgermeisterInnenbezüge, brutto monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Einwohner	jetzt	ab 2014	Einwohner	jetzt	2014
bis 500	1.495	2.077	7.001 - 10.000	4.320	5.399
501 - 1.000	1.875	2.492	10.001 - 20.000	5.399	
1.001 - 2.000	2.160	3.323	10.001 - 15.000*		6.230
2.001 - 3.000	2.575	3.738	15.001 - 20.000		7.061
3.001 - 5.000	2.824	4.153	20.001 - 30.000	7.060	7.892
5.001 - 7.000	3.655	4.984	über 30.000*		8.307

* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen

Prozentsatz vom BürgermeisterInnenbezug, monatlich, 14 x im Jahr

VizebürgermeisterIn: je 30%

FinanzreferentIn: 30%

StadträtInnen: je 20 %

Ausschussvorsitzende: max. 20%

Neu: OrtsteilbürgermeisterIn:
30% des Bürgermeisterbezugs, der der EinwohnerInnenzahl des Ortsteiles entspricht.



Zeltweger
NACHRICHTEN

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Wenn auch Sie uns eine Spende geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, KoNr.: 26000000617 BLZ: 20815.

Herzlichen Dank!

Nachtragsvoranschlag: Abgang wurde ausgeglichen

Das Gemeindebudget für 2013 wurde im Dezember 2012 beschlossen. Dort war im ordentlichen Haushalt noch ein Abgang von rund 1,7 Mio. Euro ausgewiesen. Der außerordentliche Haushalt sah ein Minus von rund 190.000 Euro vor. Nun wurde dem Gemeinderat ein Nachtragsvoranschlag vorgelegt, der einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt und einen Überschuss von rund 190.000 Euro im außerordentlichen Haushalt vorsieht.

Neben den vielen kleinen Einsparungen gibt es drei Hauptgründe für diesen ausgeglichenen Haushalt. Durch die Bezirkszusammenlegung mit Knittelfeld wurde ein neuer Sozialhilfeverband gegründet. Der alte Sozialhilfeverband des Bezirkes Judenburg hatte noch Rücklagen. Diese wurden anteilmäßig an die Gemeinden ausbezahlt. Deshalb gab es als Einmalzahlung einen Betrag von rund 630.000 Euro für unsere Gemeinde.

Außerdem gab es vom Land um 560.000 Euro mehr an Bedarfszuweisungen als im ursprünglichen Budget ausgewiesen. Den dritten Grund finden wir weniger erfreulich. Durch die Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal und Müllabfuhr gab es natürlich auch mehr Einnahmen. Bei der Müllabfuhr, dem Kanal und den Wohn- und Geschäftsgebäuden wurden rund 240.000 Euro als Gewinnentnahmen ausgewiesen. Diese Summe fließt ins allgemeine Budget. Die KPÖ hat damals gegen die Gebührenerhöhungen gestimmt.

Nachdem das Budget nun endlich ausgeglichen ist, hat auch die KPÖ dem Nachtragsvoranschlag zugestimmt. Er wurde einstimmig beschlossen. KPÖ-GR Peter Lorberau stellte fest, dass nachdem es nun finanziell besser läuft auch wieder mehr Geld für Vereine oder Kultur fließen soll. Der Bürgermeister sah das anders und meinte der Sparkurs müsse weitergeführt werden.

Vor allem machte Peter Lorberau klar, dass dieser ausgeglichene Haushalt zeige, dass es überhaupt keine Veranlassung gibt die Gemeindewohnungen zu verscherbeln.

Aus dem Gemeinderat

Straßensanierung

KPÖ-GR Peter Lorberau brachte in den Gemeinderat ein, dass viele Zeltweger Straßen in einem desolaten Zustand sind. Er regte an, dass der Bauhof regelmäßige Kontrollfahrten durchführen soll um zu überprüfen was dringend saniert werden muss.

Der Bürgermeister antwortete im Budget seien Mittel für Straßensanierungen vorgesehen und der Bauhof kontrolliere ohnehin regelmäßig.

Stromversorgung

Die Stromlieferung an die Gemeinde wurde neu ausgeschrieben. Es gab nur zwei Anbieter, wobei nur die Stadtwerke Judenburg ein gültiges Angebot abgegeben haben. Die STEWEAG-STEG musste ausgeschrieben werden.

Der Stromliefervertrag mit den Stadtwerken Judenburg läuft bis 31.12.2014. Der „All-In-Preis“ für eine Kilowattstunde kostet 0,137 Euro exklusive UST.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Pacher Renate. Druck: KPÖ-Hausdruckerei, Graz



Wir wünschen allen Zeltwegerinnen und Zeltwegern einen erholsamen Urlaub und einen schönen Sommer!

**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen
Peter Lorberau und Erika Friesacher
und die KPÖ-Zeltweg**



**Restplätze für Kinderland-Ferien
am Turnersee in Kärnten!**

**Schnupperwoche, Ächtschnwoche und
Reitwoche (11.8. bis 17.8.) sind noch Plätze frei.**

**Restplätze gibt es auch noch für die
Erlebnisturnusse am Turnersee**

vom 28.7. bis 17.8. mit 2- oder 3 Wochenaufenthalt.

Anmeldung und Information:

Erika Friesacher, Tel.: 03577/225 29, Brigitte Krivec,

Tel: 0650/38 33 972 oder Kinderland Graz,

Mail: office@kinderland-steiermark.at Tel.: 0316/829070

Aus dem Landtag



*Wir
wünschen
einen
schönen
Sommer!*



Ihre KPÖ-Landtagsabgeordneten
Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg

Glücksspiel - noch immer keine Entscheidung

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wollte von LH Franz Voves wissen, wie er vor dem Hintergrund erschreckender Fakten über die Auswirkungen der Spielsucht zum SPÖ-Parteitagebeschluss stehe, aus dem „Kleinen Glücksspiel“ auszusteigen.

LH Voves betonte, dass ihm die Problematik der Spielsucht bekannt sei und dass der Unterausschuss des Landtags eine inhaltliche Diskussion zu führen habe. Ganz im Sinne des unlängst bekannt gewordenen Argumentationsleitfadens des ehemaligen SPÖ-Politikers und nunmehrigen Novomatic-Aufsichtsrats Alfred Gusenbauer deutet der Landeshauptmann an, dass eine mögliche Lizenzvergabe an Glücksspielkonzerne von Seiten der Landesregierung mit der Flucht in illegale Angebote begründet werden könnte.

Die Steiermark könnte aus dem Automatenglücksspiel aussteigen und keine Lizenzen mehr vergeben. Der Glücksspiel-Unterausschuss des Landtags wollte nach Aussagen des Vorsitzenden LABg. Hannes Schwarz (SPÖ) noch vor dem Sommer zu einer Entscheidung kommen. Letztendlich fand gar keine Sitzung statt. Erst auf Drängen der KPÖ wurde eine Sitzung im September in Aussicht gestellt.

Claudia Klimt-Weithaler befürchtet, dass SPÖ und ÖVP auf Zeit spielen und den Landtag im Herbst vor vollendete Tatsachen stellen – und Lizenzen z.B. an die Novomatic AG vergeben. Spielsucht ruiniert Existenzen und Familien. Die Haltung von Landes-SPÖ und ÖVP ist eine Schande.

Hundeabgabe - bisher nur Kosmetik

Zu Jahresbeginn haben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gemeinsam eine Erhöhung der Hundesteuer beschlossen – in vielen steirischen Gemeinden von unter 20 Euro auf mindestens 60 Euro. Auch ein „Hundekundenachweis“ wurde verpflichtend eingeführt, ohne den gleich 120 Euro an Abgaben zu bezahlen sind.

Aufgrund der massiven Proteste aus der Bevölkerung ruderten zuerst FPÖ und Grüne, dann auch SPÖ und ÖVP zurück. Sie wollen eine Neuregelung beschließen. Diese lag am 25. Juni dem zuständigen Ausschuss vor, fällt aber enttäuschend aus. Lediglich einige Details wurden korrigiert. KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Im vorliegenden Entwurf wurde keine der Hauptforderungen – Ausnahmeregelungen beim Hundeführerschein und Reduzierung der Gebühren – erfüllt. Die Hundeabgabe bleibt auch nach der Neuregelung unsozial und realitätsfremd. Nun wurde der Entwurf zur neuerlichen Behandlung in den Unterausschuss zurückverwiesen.“

Aus dem Gemeinderat

Tonanlage

Für das Kellertheater wurde eine gebrauchte, aber neuwertige Tonanlage um rund 2.500 Euro angeschafft.

Berichte

Vom Verein Sportzentrum wurde der Jahresabschluss 2012 und der erste Quartalsbericht 2013 vorgelegt. Für das Jahr 2012 hat die Gemeinde rund 825.000 Euro zur Abdeckung des Abganges überwiesen. Im ersten Quartal dieses Jahres hat sich der Zuschussbedarf verringert, sodass für das Jahr 2013 eine geringere Zahlung erhofft werden kann.

Auch von der Kommunal-Infrastruktur & Immobilien Zeltweg GmbH, in der einige Gemeindeobjekte ausgelagert sind, wurde der erste Quartalsbericht vorgelegt. Auch hier gab es bisher weniger Zuschussbedarf als vorgesehen.

Berufungen Müllgebühr

Mehrere ZeltwegerInnen haben gegen die Festsetzung der Müllgebühr berufen. Nachdem diese Berufungen in der nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates behandelt wurden, dürfen wir darüber nicht berichten.

Generell besteht das Problem, dass es eine Grundgebühr und eine Benützungsg Gebühr gibt. Die Grundgebühr ist pro Haushalt zu zahlen, auch wenn es mehrere Haushalte in einem Haus gibt. Die Benützungsg Gebühr richtet sich nach Tonnengröße und Anzahl der Entleerungen. Diese mehrfache Grundgebühr empfinden viele als ungerecht. Wir können das nachvollziehen.

Sprechstunde

mit Sozialberatung mit

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Donnerstag, 25. Juli

9.00 bis 12.00 Uhr

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr

Voranmeldungen: 03512/ 822 40



Airpower 2013

Eine Nachbetrachtung

Seit es die Airpower gibt, gibt es auch Kritik an dieser Veranstaltung. Lärm, Umweltbelastung, die Airpower ist eine Waffenschau, Rüstung ein Klimakiller, die Airpower eine Verschwendung von Steuergeld und Flugshows eine Gefahr für die Bevölkerung.

Sozialistische, Jugend, Grüne und KPÖ haben bei jeder Airpower eine Gegenveranstaltung auf die Beine gestellt. Heuer stand der Klimawandel im Mittelpunkt. Die bekannte Klimaforscherin Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb kam zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion nach Knittelfeld.

Im voll besetzten Weißen Saal des Knittelfelder Kulturhauses machte Kromp-Kolb anschaulich klar, dass der Klimawandel voll im Gange ist und wir umdenken müssen wenn die Menschheit überleben will. Es geht darum die Folgen des Klimawandels erträglich zu halten und dafür bedarf es einer drastischen Reduktion des fossilen Energieverbrauchs.

In Österreich wird die Erwärmung auf Grund der Gebirgslandschaften noch schneller voranschreiten. Es braucht einen Kultur- und Wertewandel und eine andere, eine nachhaltige Art des Wirtschaftens. Wenn wir auf dem bisherigen Weg weitermachen werden große Teile der Erde unbewohnbar, Not, Kriege und Völkerwanderungen sind die Folgen.

Airpower notwendig für unsere Region?

300.000 BesucherInnen, 20 Millionen Euro Wertschöpfung, so die Jubelmeldungen nach der Airpower. Dabei wird völlig ignoriert, dass es bereits zwei Studien gibt die darlegen, dass die offiziellen Zahlen geschönt und mehr als fragwürdig sind.

Schon dem gesunden Menschenverstand ist klar: Eine Veranstaltung, die alle zwei Jahre stattfindet und zwei Tage dauert kann kein nachhaltiger Wirtschaftsmotor für unsere Region sein.

Auch in touristischer Hinsicht ist der Nutzen zu hinterfragen. Unsere Region wird damit als laute Militärregion positioniert. Alle Bestrebungen in unserer schönen Gegend einen sanften Tourismus aufzubauen werden dadurch geschädigt. Denn es ist fraglich, ob jemand der Ruhe und Erholung sucht das Aichfeld als Urlaubsziel wählen wird.

Wir brauchen gutbezahlte Arbeitsplätze für 365 Tage im Jahr und keine umweltschädigenden Einmal-Events. Und es ist die Frage zu stellen, ob alles was der Wirtschaft nutzt wirklich auch im Interesse der Menschen ist?



Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb zur Airpower:

„Es ist ein falsches Signal – angesichts dessen, wohin wir uns als Gesellschaft bewegen müssen.

Es geht um Luftqualität, Emissionen, Klimawandel.

Die Vorstellung, dass die Zukunft in „Schneller, stärker, größer“ liegt, die ist einfach überholt.“

Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist aus wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar

Ein Überleben der Menschheit können wir uns im Interesse des Wirtschaftswachstums nicht leisten.

(Unbekannter Autor)



Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Internetadresse: www.kpoe-steiermark.at

**Karriere mit
Lehre
Nutze deine Chance.**



**LEHRLINGE
AB SOFORT
GESUCHT!**

Anforderungen:

- Gute Mathematik- und Deutschkenntnisse
- Handwerkliches Geschick
- Freundliches und gepflegtes Auftreten
- Positiver Pflichtschulabschluss
- Zuverlässigkeit
- Genauigkeit

Deine schriftliche Bewerbung bitte an:

STEINER
Energie & Haustechnik GmbH

Steiner Energie- und Haustechnik GmbH
Hauptstraße 169 | A-8740 Zeltweg
marlies.steiner@steiner-installationstechnik.at

Machtlos gegen Lärmbelastung?

Laut Wikipedia ermittelte die Weltgesundheitsorganisation Lärm als zweitgrößtes Gesundheitsrisiko. Bei einem Schalldruckpegel von über 120 Dezibel kann ein einmaliges Lärmereignis schon das Gehör schädigen. Bei den Übungsflügen für die Airpower wurden bis zu 132 Dezibel (!) gemessen, das ist protokolliert. Die Lärmbelastung rund um die Airpower geht über Monate und ist gesundheitsgefährdend.



KPÖ - GR Erika Friesacher hat schon zweimal im Gemeinderat eingebracht, dass diese Lärmbelastung für die Bevölkerung unzumutbar ist. Die Gemeindeverantwortlichen sollten das nicht einfach so hinnehmen und sich im Interesse der der GemeindegängerInnen zur Wehr setzen.

Der Bürgermeister nahm unser Anliegen gleichsam mit einem Schulterzucken zur Kenntnis. Wir meinen hier macht man es sich zu einfach.

Bitte einschicken an: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld



Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift